

## Anzeigen per Mausclick mit Folgen

*Juristen äußern schwere rechtsstaatliche Bedenken gegen anonymes Meldesystem*

Von unserem Redaktionsmitglied Gerhard Wolff

Karlsruhe. Die Stiftung „ProJustitia“ hat einem anonymisierten Meldeverfahren für Wirtschafts- und Korruptionsdelikte des Landeskriminalamtes (LKA) Niedersachsen in Hannover ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Mitglieder der Stiftung, die vom SAP-Gründer Dietmar Hopp ins Leben gerufen worden ist, äußerten schwere rechtsstaatliche Bedenken und bezweifelten die Effizienz des Systems, das vom LKA gleichwohl in einer Pressemitteilung als wirksames Instrument bei der Bekämpfung von Korruption dargestellt wird.

Zu einem ganz anderen Schluss kommt eine von der Stiftung geförderte Studie des Instituts für Rechtstatsachenforschung der Universität Bielefeld, die gestern in Karlsruhe vorgestellt wurde. „Ein Ergebnis ist, dass eine Vielzahl der Betroffenen deutliche Beeinträchtigungen ihrer Grundrechte erfahren haben“, bemängelte die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die im Stiftungsbeirat sitzt. Der Untersuchung zufolge sind in 90 Prozent der Fälle die Verfahren, die aufgrund von Hinweisen über die Internet-Seite aufgenommen wurden, am Ende eingestellt worden. „Oftmals aber erst nachdem es zu Hausdurchsuchungen oder Kontenabfragen gekommen ist“, unterstrich Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“, der ebenfalls Mitglied des Stiftungsbeirates ist.

Es müsse bedacht werden, das Betroffene gar nicht unbedingt von der Aufnahme und der Einstellung von Ermittlungen gegen sie erfahren. Die Folgen aber können sie noch Jahre später spüren, wenn es beispielsweise bei einem Kreditantrag zu plötzlichen Schwierigkeiten kommt. Trotz etwaiger Einstellung führt die Einstellung eines Verfahrens zudem dazu, dass Daten in zentralen staatsanwaltschaftlichen Registern gespeichert und weitergegeben werden. Ein großes Problem sieht Prantl darin, dass Anzeigenerstatter eine konsequente Anonymität, auch gegenüber den Strafverfolgungsbehörden, zugesichert wird.

Leutheusser-Schnarrenberger warnte gestern andere Bundesländer davor, dem Beispiel des LKA Niedersachsen zu folgen. „Das System darf nicht zum Standardsystem werden“, betonte die FDP-Rechtspolitikerin. Der Verfasser der Studie, Otto Backes, stellt klar, dass letztlich alle beleuchteten Korruptionsvorwürfe haltlos waren, „trotz massiver Ermittlungsaktivitäten“. Oftmals stecken hinter den Hinweisgebern schlicht Denunzianten oder aber Bürger, die das Verhalten bestimmter Behörden nicht richtig durchschauen und daher fälschlicherweise illegale Vorgänge annehmen. Backes kritisierte ferner, dass in einigen Fällen erst durch Nachfragen der Behörden ein Tatverdacht konstruiert wurde.